

NEWSLETTER ZUR PLENARWOCHE

Birgit Sippel

Mitglied des Europäischen Parlaments
für Südwestfalen



THEMEN DER PLENARWOCHE MONTAG, 21.10.2019 – DONNERSTAG, 24.10.2019

Positionierung zu Seenotrettung und Flüchtlingsverteilung/ Abstimmung am Donnerstag, 24.10.19

Konservative, Rechtspopulisten und Nationalisten haben am Donnerstag mit knapper Mehrheit eine Positionierung des Europäischen Parlaments zu Seenotrettung und Flüchtlingsverteilung abgelehnt. Gemäß internationalem Seerecht sind alle Mitgliedsstaaten verpflichtet, Menschen in Seenot zu helfen. Alle Mitgliedsstaaten sollten aufgerufen werden, dieser Verpflichtung in vollem Umfang nachzukommen und mit den Behörden sowie Frontex zusammenzuarbeiten. Zugleich sollte die Kommission aufgefordert werden, mit der Arbeit an einem neuen Konzept für Such- und Rettungsaktionen zu beginnen, um Bedarfe und Kapazitäten in den Mitgliedsstaaten zu klären und so eine bessere Koordination der Mitgliedsstaaten untereinander zu ermöglichen. Ziel der Positionierung war somit die Entwicklung eines fairen und nachhaltigen Systems zur Aufnahme von im Mittelmeer geretteten Schutzsuchenden innerhalb der EU. Trotz anhaltender Menschenrechtsverletzungen durch die Zurückweisung der Schutzsuchenden, wie beispielsweise in Libyen, haben die konservativen Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit der Ablehnung des Entschließungstexts billigend in Kauf genommen, dass weiterhin unzählige unschuldige Menschen ihr Leben verlieren. Unsere humanitäre Pflicht, das EU-Recht und die Genfer Flüchtlingskonvention untersagen eine Rückführung von Menschen in Staaten, in denen ihnen Folter oder andere schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Wer gegen eine Anschaffung dieser Praxis stimmt, offenbart das eigene Verhältnis zu diesen völkerrechtlichen Grundsätzen.

Waffenlieferungen nach Syrien stoppen/ Resolution; Debatte Mittwoch, 23.10.19; Abstimmung am Donnerstag, 24.10.19

Mit dem Angriff auf Nord-Syrien verletzt die Türkei die territoriale Integrität eines Staates. Der Krieg ist völkerrechtswidrig und destabilisiert die gesamte Region. Durch den Rückzug ihrer Soldatinnen und Soldaten haben die USA dem türkischen Präsidenten Erdoğan den Weg für seine Militäroffensive freigegeben. Die geopolitische Strategie der Türkei besteht zum einen darin, das eigene Staatsgebiet zu vergrößern. Zum anderen soll in die Neugestaltung Syriens eingegriffen werden. Mit der sogenannten Schutzzone, die für syrische Flüchtlinge aus der Türkei eingerichtet werden soll, soll die selbstverwaltete und demokratische

kurdische Region Rojava zerstört werden. Seit Jahren kämpfen die dort ansässigen Kurdinnen und Kurden erfolgreich gegen den IS, nicht zuletzt für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Europas. Noch Anfang Oktober war das säkulare Rojava der stabilste Teil Syriens, ökonomisch und politisch. Im Zuge einer „Umsiedlung“ syrischer Flüchtlinge aus der Türkei würden tausende Menschen vertrieben. Schon jetzt befinden sich rund 200.000 Menschen auf der Flucht. Die bereits aus den Gefängnissen geflohenen IS-Kämpfer sind eine große Bedrohung für die Region und Europa. Der Krieg muss sofort gestoppt werden. Die Europa-SPD fordert von der EU eine klare Ansage, dass der Krieg gegen das Völkerrecht verstößt. Der politische und diplomatische Druck muss dringend erhöht werden, um den IS nicht weiter zu restabilisieren. Alle EU-Mitgliedsstaaten müssen ihre Waffenlieferungen an die Türkei umgehend einstellen, auch die bereits genehmigten. Zudem muss die EU umfassende wirtschaftliche Sanktionen verhängen. Darüber hinaus müssen Mitgliedstaaten IS-Angehörige mit europäischer Staatsangehörigkeit zurücknehmen und hier vor Gericht stellen. Es ist auch endlich an der Zeit, die kurdische Selbstverwaltung in Rojava anzuerkennen. Die jetzigen Ereignisse machen einmal mehr deutlich, dass der Flüchtlingsdeal mit der Türkei Teil des Ursachenkomplexes für den Krieg ist. Die Europäische Union braucht eine Flüchtlings- und Migrationspolitik, die an den Menschenrechten und nicht an kurzfristigen Interessen ausgerichtet ist.

Das Europäische Parlament hat in seiner Abstimmung am Donnerstag den unilateralen Militäreinsatz der Türkei im Nordosten Syriens aufs Schärfste verurteilt und weiterhin die Solidarität mit den kurdischen und allen anderen Bewohnern der Region ausgesprochen. Um eine weitere Destabilisierung der Region zu verhindern und einen weiteren Schaden der Zivilbevölkerung abzuwehren ist ein sofortiger Abzug aller Streitkräfte aus dem syrischen Hoheitsgebiet notwendig. Ein Militäreinsatz bietet keine Lösung für die eigentlichen Sicherheitsbedenken der türkischen Regierung. Der Rat hatte sich nicht auf ein EU-weites Waffenembargo gegen die Türkei einigen können, dessen ungeachtet begrüßt das Parlament aber die Entscheidung mehrerer Mitgliedstaaten der EU, die Genehmigung von Waffenausfuhren in die Türkei zu stoppen und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, dass die Aussetzung auch auf Ausfuhren, die bereits genehmigt wurden, sowie auf noch nicht ausgelieferte Ausfuhren Anwendung findet.

EU-Haushalt 2020 - mehr Mittel gegen den Klimawandel/ Parlamentsposition, Abstimmung am Mittwoch, 23.10.2019

Während ihre Mitgliedstaaten immer mehr Aufgaben auf die Europäische Union übertragen wollen, etwa in der Flüchtlings- oder in der Verteidigungspolitik, fordern gleichzeitig viele ihrer Regierungen, EU-Mittel zu kürzen. Das Europäische Parlament hat seine Position zum Haushalt der EU für das Jahr 2020 in der vergangenen Straßburg-Woche festgelegt. Die EU-Kommission hatte ihren Entwurf im Juni 2019 vorgestellt, der Verpflichtungen in Höhe von 168,3 Milliarden Euro vorsieht. Der Rat hatte in seiner Position diesen Entwurf um etwa 1,5 Milliarden Euro gekürzt, insbesondere in den zentralen Politikbereichen Forschung und Innovation.

Bereits im Vorfeld der Plenarwoche hatte das Europäische Parlament angekündigt, mehr Mittel in den Bereichen einsetzen zu wollen, in denen europäische Politik einen deutlichen Mehrwert liefert und wo das Geld am nötigsten gebraucht wird. Zentrale Forderungen waren dabei der Kampf gegen Klimawandel, Aufstockungen für das Austauschprogramm Erasmus+ und die Jugendbeschäftigungsinitiative, aber auch für Migrationsmanagement und Forschung. Entscheidend für die finalen Regelungen war, ob die Vertreterinnen und Vertreter des Rates ihre Blockadehaltung gegenüber der Re-Mobilisierung nicht genutzter Forschungsmittel fallen lassen. Die EU-Gesetzgebung, der schließlich auch der Rat zugestimmt hat, lässt das zu. Angesichts der Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, sollte sie alle möglichen Mittel ausschöpfen können.

Die Abgeordneten der Europa-SPD haben sich dafür eingesetzt, dass der letzte Haushalt des laufenden mehrjährigen EU-Finanzrahmens mehr Kapazitäten für den Klimaschutz schafft. Wenn es der EU nicht gelingt, das 2013 beschlossene Ziel umzusetzen, bis 2020 20 Prozent aller EU-Mittel auf den Klimaschutz auszurichten, wäre das ein fatales Signal für die Klimaambitionen der EU. Die Mitgliedstaaten müssen dabei ambitionierter werden, zumal im Rahmen der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen von 2021 bis 2027 richtigerweise eine Klimaquote von sogar 25 Prozent zur Diskussion steht. Deswegen wollen die SPD-Europaabgeordneten alle Margen des laufenden Finanzrahmens ausschöpfen, der mit dem Haushalt 2020

ausläuft. Die Position des Parlaments sieht nun Verpflichtungen in Höhe von 170,9 Milliarden Euro vor, also rund 4,2 Milliarden Euro mehr als der Rat. Parlament und Rat haben nun bis Montag, 18. November 2019, Zeit, um sich auf eine gemeinsame Position für den Haushalt 2020 verständigen.

Wenn Sie diesen Newsletter künftig nicht mehr erhalten möchten, bitte ich um eine Nachricht an mein Europabüro.

Kontakt:

Europabüro Birgit Sippel MdEP
Ulricherstraße 26 – 28
59494 Soest
Tel.: 02921/364738
Fax: 02921/15952
Mail: europa@birgit-sippel.de
Internet: www.birgitsippel.de
Facebook: www.facebook.com/BirgitSippel